

Zigtausende engagieren sich gegen Rassismus und rechte Gewalttäter

Schleswig-Holstein gegen Nazis

Unterstützt von dem rechtsextremistischen Münchner Multimillionär Gerhard Frey sind teilweise vorbestrafte Neonazis in Schleswig-Holstein zur Wahl angetreten. Über den Einzug in den Landtag wollten sie ihren tatsächlichen Zielen näher kommen.

Mit populistischen Parolen präsentierten sich die neuen Nazis vor Betrieben und Berufsschulen. Sie wetteten gegen Sozialabbau und »Hartz IV« und versuchten damit die Stimmen der Unzufriedenen zu ködern.

Gleichzeitig fordern sie einen »Arbeitsdienst für Unvermittelbare« – als Zwangsdienst wie in der NS-Diktatur.

In Kiel forderten über 7500 Bürger am 29. Januar das Verbot eines Nazi-Aufmarschs und warnten vor den organisierten Schlägern und Gewalttätern: »Die Gewalt, die sie schon heute ausüben, zeigt deutlich, wozu diese Neonazis fähig sind«, heißt es in einem Aufruf.



Demo in Kiel: Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen

Redner erinnerten daran, dass DVU-Neonazis, die von 1992 bis 1996 bereits im Kieler Landtag saßen, in nur einem Jahr rund

1,13 Millionen Mark Steuergelder verbrauchten. Der Landesrechnungshof stellte zahlreiche »Unregelmäßigkeiten« fest. ◀

Neonazis verstärken soziale Demagogie vor Betrieben und Berufsschulen

Betriebsräte: »Faschismus ist ein Verbrechen«

Den Sicherheitskräften bei Danfoss in Flensburg fielen am 2. Februar zum Schichtwechsel verdächtige Gestalten auf dem Firmenparkplatz auf. Einige Frauen und Männer hatten sich zwischen den Autos versteckt.

»Als ich den Betrieb verließ, kamen die Leute auf mich zu, hielten mir ein Flugblatt hin und sagten, dass sie für unsere Arbeitsplätze kämpfen wollen«, erinnert sich Betriebsrat Nis-Jürgen Johannsen. Ein Blick genügte ihm: Die NPD war mit sozialer Demagogie auf Stimmenfang.

Bei Danfoss wurden die Neonazis zunächst vor dem Werkstor und dann auch vom Parkplatz vertrieben.

Ähnlich waren die Reaktionen auch vor Schulen und in anderen Betrieben Schleswig-Holsteins.

Bei Raytheon Marine erklärten Vertrauensleute, Betriebsrat und



Vor Schulen und Betrieben: »Haut ab«

Geschäftsleitung: »Die Neo-Faschisten... streben ein System ähnlich der Nazi-Diktatur an. Wir können und wollen es nicht zulassen, dass rechtes Gedankengut wieder einen Nährboden findet. Das gilt für den Betrieb und das gilt für unser gesellschaftliches Engagement.«

Ebenso klar ist die Position von Vertrauensleuten, Betriebsrat und JAV der HDW: »Die Parolen der Nationalsozialisten schüren Fremdenfeindlichkeit, knüpfen an die unsägliche Patriotismus- und Leitkulturdebatte an... und beeinträchtigen das friedliche Zusammenleben.« Ihr Fazit: »Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen.« ◀

Info-Flyer im Internet



Diesen aktuellen Flyer gibt es unter www.igmetall.de/nachrichten/rechte_gewalt/

IG Metall Küste stellt Positionen zur 4. Nationalen Maritimen Konferenz vor Die Arbeit durch Innovation sichern

Zum »raschen Umdenken« forderte die IG Metall Küste auf der 4. Nationalen Maritimen Konferenz am 25. Januar in Bremen die Arbeitgeber der deutschen Werften auf.

»Der deutsche Schiffbau kann auf dem Weltmarkt nur durch Innovationsvorsprung und qualitativ höchstwertige Produkte überzeugen«, sagte Bezirksleiterin Jutta Blankau vor den rund 800 Teilnehmern der Konferenz. Darüber hinaus forderte sie die Stärkung von Forschung und Entwicklung und mehr Kooperation: »Die Kräfte müssen gebündelt werden.«

Eine Absage erteilte sie den Unternehmen, die zur »Sicherung der Arbeitsplätze« erst einmal Vorleistungen der Arbeitnehmer einfordern. Statt eines Branchenarbeitsvertrags für den Schiffbau biete die IG Metall innovative tarifvertragliche Bausteine an, mit denen auf Über- und Unterkapazitäten flexibel reagiert werden könne.

Blankau forderte die Unternehmen auf, die derzeit gute Situation zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu



Maritime Konferenz: Die IG Metall will den Boom zur Sicherung von Jobs nutzen

nutzen. Nach der von der IG Metall Küste Ende letzten Jahres vorgestellten Schiffbau-Umfrage beträgt der Auslastungsgrad der Werften zur Zeit 93,5 Prozent, die Auftragseingänge sind gegenüber dem Vorjahr um 218 Prozent gestiegen. Trotzdem sei die Beschäftigung nicht sicher.

Die IG Metall unterstütze deshalb die Idee eines »Beschäftigungspools«. Danach sollen bei Unterauslastung einer Werft Schiffbauer von einer anderen,

besser ausgelasteten Werft zeitweise weiter beschäftigt werden. So könnten Werften von Kosten entlastet und die Qualifikation der Beschäftigten erhalten werden.

Die Bundesregierung kündigte auf der Konferenz an, dass die bisherigen Wettbewerbshilfen zum 31. März auslaufen. Stattdessen werde ein auf Innovationen ausgerichtetes Förderprogramm mit jährlich bis zu 15 Millionen Euro aufgelegt. ◀

Ab 1. März gilt die zweite Stufe des im Jahr 2004 erkämpften Tarifabschlusses Im Volumen gibt es 2,7 Prozent mehr Geld

Ab 1. März gibt es für die Beschäftigten in der Metall- und Elektroindustrie mehr Geld. Die Einkommen steigen dann im Volumen um 2,7 Prozent.

Davon gehen 2,0 Prozent in die Einkommenstabellen ein; die restlichen 0,7 Prozent fließen in die ERA-Strukturkomponente. Im März und Oktober gibt es außerdem Einmalzahlungen von jeweils 4,6 und 4,5 Prozent.

Das Ergebnis war 2004 mit Warnstreiks erkämpft worden. An der Küste beteiligten sich daran 35 000 Metall-Beschäftigte. ◀



Warnstreik im Jahr 2004: Jetzt tritt die zweite Stufe des Ergebnisses in Kraft

Küsten-Meldungen

Hafenarbeiter kampfbereit

Die europäischen Hafenarbeiter wollen notfalls mit Kampfmaßnahmen die Einführung der EU-Richtlinie »Port Package II« verhindern. Der Entwurf dazu zielt auf eine Liberalisierung aller Hafendienstleistungen. Reedereien sollen ihre eigenen Hafenarbeiter oder Lotsen mitbringen dürfen. Neue Anbieter sollen nicht verpflichtet sein, Beschäftigte und bestehende Tarife zu übernehmen. Die Häfen würden so zu Billiglohngebieten. »Billiganbieter im Hafen, die keine Tariflöhne zahlen und Tagelöhner einführen wollen, gefährden Arbeitsplätze und den sozialen Frieden«, kritisiert die Gewerkschaft Verdi. »Bernt Kamin, Betriebsratsvorsitzender der Gesamthafenarbeiter in Hamburg und Europa-Koordinator der Proteste gegen Port Package: »Die Hafenarbeiter in Europa brauchen diesen Globalisierungsunfug nicht. Wir haben uns schon einmal erfolgreich dagegen gewehrt, dass weltfremde Liberalisierer und Marktradikale die Hafenwirtschaft ruinieren.« Der erste Entwurf »Port Package I« war vor knapp einem Jahr am geballten Protest der EU-Häfen gescheitert. Auf der Maritimen Konferenz in Bremen kündigte der maritime Koordinator der Bundesregierung an: »Die Hafen-Liberalisierungspläne der EU werden wir so nicht mittragen.«

Schill-Sprecher bei Industrie

Der ehemalige Sprecher der rechtslastigen Schill-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft und spätere persönliche Referent von Hamburgs Ex-Innensenator Ronald Schill, Marc März, ist jetzt Pressereferent des Hamburger Industrieverbands.

Belegschaft von Möller Wedel setzt Anerkennungstarifvertrag durch Tarifflucht mit Aktionen verhindert

Tarifflucht lohnt sich nicht. Das ist die Botschaft nach einer wochenlangen Auseinandersetzung bei der Medizintechnikfirma Möller in Wedel. Mit der Anerkennung aller Tarifregelungen hat die Firmenleitung Ende Januar einen Streik in letzter Minute abgewendet.

Begonnen hatte der Konflikt mit dem Austritt des Unternehmens aus dem Arbeitgeberverband Nordmetall. Nach der Tarifflucht verlangte die Firma unter anderem eine Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, die Absenkung der Urlaubstage auf 25 und die Reduzierung der Mehrarbeitszuschläge. Der Betriebsrat sollte zu rechtswidrigen Regelungen, die Beschäftigten zu entsprechenden Einzelverträgen erpresst werden.

Doch die rund 180 Arbeitnehmer folgten stattdessen den Aufrufen der IG Metall, machten



Medizintechnikfirma Möller Wedel: Warnstreik für den Erhalt der Tarifbindung

Druck mit Aktionen und Warnstreiks. »Die IG Metall wird bei Tarifflucht die Mitglieder mobilisieren und betriebsnah – notfalls auch mit einem Arbeitskampf – für flexible Lösungen eintreten«, warnte IG Metall-Verhandlungsführer Uwe Zabel die Arbeitgeber.

Kurz bevor der IG Metall-Vorstand über Urabstimmung und Streik abstimmte, lenkte die Firmenleitung ein: Durch einen Anerkennungstarifvertrag werden alle Verträge der Metallindustrie für die IG Metall-Mitglieder wieder anerkannt. ◀

Küsten-Meldungen

Kritik an HWP-Fusion mit Uni

Aus Anlass der Fusionierung der Hamburger Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP) mit dem Uni-Fachbereich Wirtschaftswissenschaften haben der DGB und die SPD-Opposition dem CDU-Senat vorgeworfen, die einzige Einrichtung in der Hansestadt abzuschaffen, in der junge Menschen auch ohne Abitur studieren können.

Gefahr durch Ein-Euro-Jobs

In Norddeutschland wurden im Januar die ersten Fälle bekannt, in denen normale Arbeitsplätze durch den Einsatz von »Ein-Euro-Jobbern« verdrängt werden. Der Hamburger DGB meldet, dass langzeitarbeitslose Ein-Euro-Jobber in einem Altenheim normale Arbeiten übernehmen mussten, die früher von ausgebildetem und tariflich entlohntem Personal verrichtet wurden. Um dem entgegenzuwirken, hat der Hamburger DGB-Vorsitzende Erhard Pumm jetzt die Betriebsräte aufgefordert, zum Schutz der bereits im Betrieb tätigen Kolleginnen und Kollegen ein besonderes Auge auf die Billigjobs zu werfen. In Betrieben mit mehr als 20 Beschäftigten hat der Betriebsrat auch bei dem geplanten Einsatz von Ein-Euro-Jobbern ein personelles Mitbestimmungsrecht. »Die Betriebsräte können am besten beurteilen, ob die Arbeitsgelegenheiten wirklich zusätzlich zu den normalen Arbeitsplätzen geschaffen werden oder ob sie Stellen verdrängen, die vorher mit tariflich Beschäftigten besetzt waren«, sagte Pumm und erinnerte: »Ein-Euro-Jobs sind eine Verpflichtung zur Arbeit ohne Arbeitnehmerrechte. Sie haben die Ausnahme zu bleiben.«

CDU-Länder im Norden wollen bei Studenten kräftig abkassieren Wer nicht genug Geld hat, soll draußen bleiben

In Norddeutschland wollen die von der CDU regierten Bundesländer Hamburg und Niedersachsen Studiengebühren einführen. Studenten und Gewerkschafter wehren sich dagegen.

Pro Semester sollen künftig rund 500 Euro Gebühren erh-

oben werden. Experten fürchten, dass die Summe locker auch bis auf 2000 Euro pro Halbjahr steigen kann.

»Die Folge wird sein, dass die soziale Herkunft künftig noch stärker darüber entscheidet, wer studiert oder nicht«, kritisiert die

Hamburger GEW-Vorsitzende Dr. Stephanie Odenwald.

Die GEW hält auch nichts von dem Vorschlag neoliberaler Ökonomen, die Studiengebühren über Kredite zu finanzieren: »Das nützt nur den Banken, für die ein neuer Markt eröffnet wird.«

Die Studenten der norddeutschen Universitäten wollen das Problem in der Gesellschaft zum Thema machen. Dazu gehört für sie auch die Teilnahme an den Maidemonstrationen der Gewerkschaften.

Der Hamburger AStA kündigte bereits einen »heißen Sommer« an. Mit guten Erfolgsaussichten. Zu einer Protestdemonstration am 3. Februar erwarteten die Studentenvertreter in Hamburg rund 2000 Teilnehmer. Tatsächlich kamen dann aber weit über 7000. ◀



Studenten in Hamburg: Studiengebühren verschärfen den Bildungsnotstand

Biss muss sein

DGB-Jugendvertreterkonferenz setzt Akzente

Biss muss sein – unter diesem Motto folgten am 7. Februar 45 Mitglieder von Bremer Jugendvertretungen (JAV) der Einladung der DGB-, Verdi- und IG Metall-Jugend zur ersten JAV-Konferenz ins Gewerkschaftshaus.

Die JAV-Konferenz stand unter dem Motto »Ausbildung verbessern«, welches in zwei Arbeitsgruppen lebhaft diskutiert wurde. Während die eine Arbeitsgruppe sich konkret mit der praktischen Arbeit der Jugendvertretung am Thema »Ausbildungsqualität verbessern« auseinandersetzte, diskutierte die andere die gesellschaftlichen und betrieblichen Rahmenbedingungen für Ausbildung und die Arbeit als JAV.

Ausbildungsqualität rückt angesichts betrieblicher Sparmaßnahmen wieder zunehmend in den Mittelpunkt betrieblicher Interessenvertretungsarbeit.

Zwar bezeichneten die anwesenden Jugendvertreterinnen und -vertreter die Ausbildungsqualität



Jugendvertreterkonferenz am 7. Februar

in den Betrieben als gut, hielten sie aber doch für verbesserungswürdig. Diskussionspunkt war unter anderem die Ausbildung im praktischen Einsatz der Auszubildenden. Auch die Qualität der Bremer Berufsschulen wurde stark bemängelt. Hauptkritikpunkte waren die materielle Ausstattung, der hohe Altersdurchschnitt der Lehrkräfte und fehlende Unter-

richtsstunden. Die Hauptaufgabe der Jugendvertretungen ist die Verbesserung der Ausbildung. Jedoch fehle in der Praxis neben der Ausbildung häufig die Zeit, sich noch für die »eigene Sache« einzusetzen, stellten die Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer fest.

Gerade bei Problemen mit der Berufsschule seien die überbe-

trieblichen Handlungsmöglichkeiten der JAV zusätzlich eingeschränkt.

Weite Teile der Diskussion waren geprägt durch eine sich abzeichnende Perspektivlosigkeit der Jugendvertreterinnen und -vertreter mit der beruflichen Zukunft der Auszubildenden. Viele Bremer Betriebe übernehmen nicht oder nur befristet, das mache sich in der Interessenvertretungsarbeit deutlich bemerkbar. So seien die Chancen für gewerbliche Auszubildende noch schlechter auf dem Arbeitsmarkt als für die kaufmännischen. Einzige Option sei häufig nur das Wechseln der Stadt oder des Bundeslands gen Süden.

Angesichts der schwierigen Rahmenbedingungen zeigten sich die Teilnehmerinnen und -teilnehmer allerdings äußerst motiviert und inspiriert in ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit.

Ziele sind die Verbesserung der betrieblichen Situation und die Umsetzung der gesteckten Ziele.

Serviceman im Februar

Hermann Wohlgemuth wurde ausgezeichnet

Der Ortsvorstand der IG Metall hat im Februar Hermann Wohlgemuth für sein großes ehrenamtliches Engagement mit der Überreichung des Servicemans geehrt.

Hermann ist seit langen Jahren Vorsitzender des Seniorenarbeitskreises Bremen Nord.

In dieser Eigenschaft besucht er IG Metallern und Metallern aus Bremen Nord ab ihren 80. Geburtstag, um die besten Wünsche der IG Metall zu überbringen. Er organisiert für den Seniorenarbeitskreis interessante Ausflüge, Fahrradtouren sowie Veranstaltungen zu aktuellen Themen wie zum Beispiel der Gesundheitsreform.



Hermann Wohlgemuth: unser Serviceman im Februar

Außerdem ist Hermann seit 24 Jahren – mit kurzer Unterbrechung – Mitglied des Ortsvorstands und prüft seit vielen Jahren als ehrenamtlicher Revisor jeden

Monat die Ortskasse der IG Metall Bremen. Wir danken Hermann auf diesem Wege ganz herzlich und wünschen ihm weiterhin viel Spaß mit seinen Ehrenämtern.

Termine

7. März: Infoveranstaltung der IG Metall zur Neuregelung der Besteuerung der Renten mit Johannes Steffen (Arbeitsnehmerkammer) um 18 Uhr, Hotel Höltje in Verden.

27. April, 16.30 Uhr: Vertrauensleutevollversammlung mit Bezirksleiterin Jutta Blankau im DGB-Haus.

**Unseren Mitgliedern
sowie ihren Familien
wünschen wir
ein frohes Osterfest**

Verlosung mit tollen Preisen

Fetzige Azubi-Feier

Mit einer Fete feierten die Auszubildenden der IG Metall Bremerhaven am 21. Januar ihren Einstand ins Arbeitsleben.

Der Ortsjugendausschuss hat zu dieser Feier eingeladen, um die neuen Auszubildenden, die im



Nicole Junge übergab den ersten Preis an Silvana Metzler

Herbst 2004 in den Betrieben eingestellt wurden, näher ken-

nen zu lernen und um einen besseren Kontakt in die Betriebe zu bekommen.

Leider sind nicht so viele neue Azubis erschienen, wie es sich die IG Metall-Jugend Bremerhaven vorgestellt hat. Trotzdem vergnügten sich die Teilnehmer an diesem Freitagabend lange. Alle Teilnehmenden haben gleichzeitig auch an einer Verlosung teilgenommen. Es gab unter anderem einen MP3-Player, Stereoanlage und ein Handy zu gewinnen.

Der Ortsjugendausschuss Bremerhaven wird auch im nächsten Jahr eine solche Azubi-Party organisieren. Denn nichts ist wichtiger als die Mitgliedschaft von Azubis in der IG Metall. Sie sind unsere Funktionäre von morgen.

Arbeitskreis Recht jetzt mal etwas anders Neues Beratungsangebot

Seit Ende letzten Jahres gibt es eine neue Möglichkeit für Betriebsräte, sich zu aktuellen Problemen Rat bei der IG Metall Bremerhaven einzuholen.

Jeden zweiten Montag alle zwei Monate gibt es um 13 Uhr in der Verwaltungsstelle der IG Metall Bremerhaven, Friedrich-Ebert-Straße 1, die Möglichkeit, betriebsbezogene Rechtsfragen zu erörtern.

Für die Teilnahme besteht ein Freistellungsanspruch gemäß Paragraph 37 Absatz 2 BetrVG (vgl. Fitting Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz 22. Auflage zu § 37 Rdz. 27).

Der Anspruch auf Freistellung setzt lediglich einen Beschluss (Musterformulare sind in der Verwaltungsstelle erhältlich) des Betriebsrats und eine Mitteilung an den Arbeitgeber über Perso-

nen, voraussichtliche Abwesenheitsdauer, den allgemeinen Anlass (keine Spezifizierung), Ort und die zeitliche Lage sowie den Gesprächsinhalt voraus. Begleitet wird dieses Angebot für Betriebsräte vom Geschäftsführer Karsten Behrenwald und der Juristin Regina Schmidt, die sich über eine rege Teilnahme freuen.

Der nächste Termin ist am 14. März um 13 Uhr. Der alte Arbeitskreis Recht bleibt darüber hinaus selbstverständlich weiter bestehen.

Er ist offen für alle Mitglieder, Vertrauensleute und Betriebsräte der IG Metall Bremerhaven. Es werden dort nach wie vor aktuelle Themen aus dem Arbeits- und Sozialrecht besprochen. Die nächste Sitzung ist am 19. Mai um 18 Uhr.

Tarifverhandlungen Kfz-Handwerk Bremerhaven Arbeitgeber wollen verhandeln

Noch im Sommer letzten Jahres sah alles normal aus: Die Arbeitgeber forderten für die Kfz-Betriebe in Bremerhaven die schrittweise Einführung der niedersächsischen Tarifverträge. Für die heute Beschäftigten sollten Besitzstände gesichert werden.

Im November 2004 kam es dann knüppeldick: Die Vertreter des Landesinnungsverbandes Niedersachsen, die seit Mitte der neunziger Jahre im Auftrag der Innung Bremerhaven die Verhandlungen führen, ließen die Verhandlungen platzen.

Sie verlangten die sofortige Übernahme der niedersächsischen Tarifverträge für alle Beschäftigten in Bremerhaven ohne Überleitung und ohne Besitzstandswahrung. Die IG Metall Verhandlungskommission lehnte dies kategorisch ab. »Lohnkürzungen von mehr als zehn Prozent bei gleichzeitiger Verlängerung der Arbeitszeit auf 36 Stunden in der Woche sind für uns nicht verhandelbar,« sagte der zuständige Gewerkschaftssekretär Hans-Werner Schmolke. Und sagt wurde die »Verhandlung« ohne neuen Termin beendet.

Erst Betriebsversammlungen, Flugblätter in allen Betrieben und die Vorbereitung von Warnstreiks brachten einen neuen Verhandlungstermin am 23. Februar zustande. Über den Verlauf werden wir in der nächsten Ausgabe berichten.

In einigen Betrieben unserer Verwaltungsstelle haben die Arbeitgeber schon heute den Beschäftigten längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich und den Verzicht auf Weihnachtsgeld abgepresst.

Deshalb ist es an der Zeit, gemeinsam Widerstand zu orga-

nisieren. Mitglied der IG Metall zu werden, ist da nur der erste Schritt. Eine effektive Arbeitnehmervertretung ist der Betriebsrat.

Bei der Wahl steht die IG Metall mit Rat und Tat zur Seite.



Autohaus Diekmann: für sichere Tarifverträge

Termine

- 28. Februar bis 4. März: JAV -Seminar in Wremen
- 4. bis 5. März: Wochenendseminar Frauen im Marschenhof in Wremen
- 8. März: Handwerksausschuss, 18 bis 20 Uhr
- 8. März: Internationaler Frauentag – Markt der Möglichkeiten – Columbuscenter vor der Schiffergilde, 14 bis 18 Uhr
- 10. März, 16 Uhr: B-Team
- 14. März, 9 Uhr: Senioren, 13 Uhr: Arbeitskreis Recht
- 15. März, 8 Uhr: Ortsvorstand
- 15. März, 15 Uhr: Arbeitssuchende
- 16. März, 18 Uhr: Ortsjugendausschuss
- 19. und 20. März: Wochenendseminar Lloyd -Marschenhof in Wremen
- 30. März: Ortsjugendausschuss
- 31. März: Arbeitskreis Asbestose um 17 Uhr im Kultursaal der Arbeitnehmerkammer

Tarifsituation im Kfz-Handwerk

Flächentarifvertrag erhalten

Die Tarifrunde im niedersächsischen Kfz-Handwerk spitzt sich zu, ein Jahr, bevor sie begonnen hat.

Es gibt von vielen Innungen klare Signale, den Flächentarifvertrag in der derzeitigen Form scheitern zu lassen. Die beiden größten niedersächsischen Innungen, Osnabrück und Hannover, sind aus dem Landesverband Niedersachsen ausgetreten. Diese wie auch andere Verbände üben seit der letzten Tarifrunde Anfang 2004 massiven Druck auf die Landesinnung aus, da aus ihrer Sicht der Tarifabschluss zu hoch und die Kostenentlastungen im Bereich flexibler Arbeitszeit beispielsweise viel zu gering sind. Einige Unternehmen – wie beispielsweise das »Autohaus Schmidt und Koch« mit seinen mehr als 20 Betrieben – brechen gar gleich sämtliche Tarifverträge, indem sie die Beschäftigten unter Androhung von Lohnab-

zug oder Entlassung zwingen, unbezahlte Stunden zu leisten. Und damit sind sie nicht alleine: Auch in anderen niedersächsi-

der Arbeitgeberverbände, um Löhne im Kfz-Handwerk zu drücken und Arbeitszeiten endlos zu verlängern. Alle ostdeut-



schen Regionen gibt es Betriebe, die so vorgehen. »Wenn das so weitergeht, sind Chaos und Lohnklau in den Betrieben vorprogrammiert. Unter Duldung der Innungen wird hier Tarif- und Rechtsbruch betrieben«, sagt Michael Hehemann von der Emdener IG Metall. Die Entwicklung in Niedersachsen ist nach Angaben der Emdener IG Metall Teil einer bundesweiten Kampagne

schen Landesverbände beispielsweise haben ebenfalls alle derzeit gültigen Tarifverträge gekündigt und gründen so genannte »Tarifgemeinschaften«, in denen nur noch ein geringer Teil der Betriebe organisiert ist. »Flächentarifverträge regeln die grundlegenden Arbeitsbedingungen und sorgen dafür, dass in der einen Werkstatt in etwa die gleichen Bedingungen herrschen wie in

der anderen«, stellt Hehemann fest. Eine Auflösung des Flächentarifvertrags würde zu Wildwuchs und Chaos in den Betrieben führen und zu einem Konkurrenzkampf auf Kosten der Beschäftigten. Ein Facharbeiter in einer Kfz-Werkstatt verdient nach der Ausbildung laut Tarifvertrag gut 1900 Euro brutto. »Es werden hier keine horrend hohen Löhne gezahlt, wie manche uns glauben machen wollen.«

Die IG Metall berät derzeit in den Tarifbezirken, wie es weitergeht. Es wird in jedem Fall viele Informationen über Flugblätter, Aushänge und in Mitgliederversammlungen geben.

Vorankündigung Großes Fußballturnier auch in diesem Jahr

Die IG Metall Emden veranstaltet auch in diesem Jahr wieder ein großes Fußballturnier am 11. Juni auf dem Sportplatz des TUS Rot-Weiß Emden. Der Erfolg der vergangenen Turniere (**metall** berichtete) und die zwischenzeitlich eingegangenen



Anfragen von Kolleginnen und Kollegen geben den Anlass, dies wiederum anzubieten.

Näheres zum Anmeldeverfahren werden wir rechtzeitig über betriebliche Aushänge und über die **metall** bekannt geben.

Am 26. März Mit dem Infomobil unterwegs in Emden

Ein Team der Emdener IG Metall ist wieder einmal mit dem Infomobil unterwegs, um Mitglieder zu informieren, Fragen zu beantworten und vieles mehr. Das Infomobil steht am 26. März von 10 bis 15 Uhr in der Emdener Innenstadt (Höhe »Löwenapotheke«).

»Rund um die Mitgliedschaft«

Finanzkraft ist Kampfkraft

Ein auch in den Mitglieder-Leistungen erfolgreiches Jahr 2004 hat die Emdener IG Metall bilanziert:

Im Rechtsschutz wurde in über 120 abgeschlossenen Streitfällen

sich als stabiler und sicherer Anteil zur Absicherung unserer Mitglieder erwiesen. Gut 47 000 Euro wurden 2004 an Mitglieder erstattet, die in ihrer Freizeit einen Unfall erlitten haben.

Für die Kolleginnen und Kollegen, die in 2004 in den wohlverdienten Ruhestand gewechselt sind, erbrachte die IG Metall Emden Unterstützungsleistungen in Höhe von etwa 120 000 Euro. Ein weiterer Bestandteil der satzungsgemäßen Leistungen ist die Unterstützung in besonderen Notlagen. Hier leistete die Emdener Verwaltungsstelle Beihilfe von insgesamt 2300 Euro.

Und nicht zuletzt leistet die IG Metall auch Unterstützung im

Todesfall. In 2004 wurden an Mitglieder oder deren Lebensgefährtinnen und Lebensgefährten über 63 000 Euro Sterbegeldleistungen gezahlt.

Um zu gewährleisten, dass neben den politischen Aufgaben auch diese direkte Hilfe den Mitgliedern zu gute kommen kann, ist die IG Metall auf satzungsgemäße Beitragsleistungen angewiesen. Die Organisation finanziert sich allein durch die Beiträge ihrer Mitglieder. Da die zweite Stufe des im letzten Jahr erkämpften Tarifabschlusses in Höhe von 2,7 Prozent am 1. März in Kraft tritt, werden die IG Metall-Beiträge in den direkt vom Tarifabschluss profitierenden Industriebetrieben entsprechend der Erhöhung angepasst.



vor den Arbeits- und Sozialgerichten ein Betrag von nahezu 500 000 Euro erstritten. Der Schwerpunkt der Fälle lag diesmal im Arbeitsrecht (mehr als 70 abgeschlossene Verfahren) mit einem Erfolgswert von etwa 275 000 Euro. Auch die Freizeitunfall-Versicherung, die im Mitgliedsbeitrag enthalten ist, hat

**Frauenfrühstück am 6. März
Internationaler
Frauentag**



Am Sonntag vor dem Internationalen Frauentag laden die Flensburger DGB-Frauen und die Beratungsstelle Frau & Beruf zum traditionellen Frauenfrühstück ein, diesmal ins »Tönnsen-Hus« in der Apenrade Straße 49.

Gemeinsam feiern, essen, trinken und klönen, dazu Informationen und Musik von der Gruppe »Bittersüß« – das alles gibt es am 6. März ab 11 Uhr beim Frauenfrühstück. Um Anmeldung unter 04 61-2 96 26 wird gebeten.

**Danfoss Compressors will 700 Arbeitsplätze in Flensburg abbauen
Eine harte Auseinandersetzung steht bevor**

Betriebsrat und IG Metall hatten es befürchtet, doch nun soll alles noch schneller gehen. Danfoss will in Flensburg 700 Beschäftigte bis Ende 2007 entlassen.

Einen Schock löste die Nachricht im Betrieb, in Flensburg und der Region aus. Und Wut. Mit der Verlagerung einer Kompressoren-Linie ins Billiglohnland Slowakei werden 75 Prozent der Produktion demontiert und die Belegschaft von jetzt 1480 fast halbiert – selbst wenn 100 neue Arbeitsplätze in einem

Kompetenzzentrum entstehen sollten.

»Bei 18,3 Prozent Arbeitslosigkeit und ohne Alternativen in der Metallindustrie brauchen die Betroffenen wenigstens eine vernünftige Qualifizierung und gute Abfindungen«, sagt der stellvertretende Betriebsratsvorsitzende Mi-



**Michael Post:
»Wir kämpfen«**

chael Post. »Dafür und um jeden Arbeitsplatz werden wir kämpfen.«

Beispiele gibt es in Schleswig-Holstein mit Heidelberg und Panasonic. »Wir stellen uns auf eine harte Auseinandersetzung ein«, sagt IG Metall-Bevollmächtigter Meinhard Geiken.

Vom dänischen Konzern fordert er außerdem, die Flensburger Danfoss-Geschäftsführung zur Schaffung von zusätzlichen Ersatzarbeitsplätzen zu ermächtigen.

Kämpfen lohnt sich

Lufthansa Systems Network Services: Angeboten wurde eine Betriebsvereinbarung über die Eingruppierung der 80 Flensburger Beschäftigten – mit nicht unerheblichen Verbesserungen. Die IG Metall-Mitgliederversammlung beschloss: Wir wollen weiterhin einen Tarifvertrag.

Paustian Airtex: Die 65 Beschäftigten in Sörup haben die beabsichtigte Arbeitszeitverlängerung um drei Stunden verhindert. Wegen wirtschaftlicher Schwierigkeiten wird drei Monate je zwei Wochenstunden länger gearbeitet und das Weihnachtsgeld in drei Chargen ausgezahlt.

**Flensburger Fahrzeugbau Gesellschaft will »Kfz-Handwerksbude« sein
FFG-Belegschaft wehrt sich gegen Tarifflicht**

Die Flensburger Fahrzeugbau Gesellschaft ist seit 1. Februar Mitglied der Kfz-Innung. Deshalb soll die Belegschaft nun 36 Wochenstunden arbeiten.

Gleichzeitig mit der Tarifflicht wurden 20 der 370 Beschäftigten gekündigt. Eine Beschäftigungssicherung hatte die Geschäftsführung zuvor abgelehnt.

Die FFG wurde nach erfolgreichem Kampf gegen die Diehlschließungspläne 2002 eigenständig. Deshalb wurde bis Ende 2004 37 Stunden gearbeitet.

»Jetzt wird die Belegschaft wieder verunsichert«, sagt Betriebsrats-Vorsitzender Manfred Geng.



Im Internet präsentiert sich FFG als Hightech-Unternehmen mit seiner Produktreihe von Spül- und Saugfahrzeugen. Tarifflich will die Flensburger Fahrzeugbau Gesellschaft jetzt aber eine »Handwerksbude« sein

**Sicherheitstipps für Senioren
IG Metall-Rentner
besuchen Polizei**

Die Rentnerinnen und Rentner der IG Metall besuchen am Mittwoch, 16. März, um 15 Uhr die Polizei. Nach den Sicherheitstipps für Senioren demonstriert der Sprengstoffsuchhund sein Können. Im Anschluss wird zur Kaffeetafel eingeladen.

Notwendig ist eine vorherige telefonische Anmeldung bei Henry Lau 04 61-5 64 20.

**Quantität und Qualität der Ausbildung
»Q²«-Aktion ist angelaufen**



In 13 Flensburger Metallbetrieben mit Jugend- und Auszubildendenvertretung analysieren JAV und Betriebsrat die Ausbildung im Betrieb.

Ziel der Aktion »Q² – Wir machen mehr Ausbildung« der IG Metall-Jugend ist es, Defizite bei der Quantität und Qualität aufzuspüren und zu beheben.

Beitragsanpassung

Für Mitglieder in der Metall- und Elektroindustrie werden die IG Metall-Beiträge gemäß der Satzung ab 1. März entsprechend den Tarifierhöhungen um 2,7 Prozent erhöht. Wer dadurch auf einen Beitrag von mehr als ein Prozent vom monatlichen Bruttoverdienst kommt, sollte sich zur Korrektur in der Verwaltungsstelle melden.

Internationaler Frauentag

8. März

Veranstaltung des DGB Hamburgs



8. März 2005 Internationaler Frauentag

20 Uhr »Vorübergehend weggetreten«

von Herrchens Frauchen im Polittbüro, Steindamm 45
Einlass ab 19 Uhr, nur mit Mitgliedsausweis einer DGB-Gewerkschaft. Getränkeverkauf erfolgt zu den im Polittbüro üblichen Preisen.

Veranstaltungen in Hamburg:

Demo des »Frauenbündnis für den 8. März«

Treffpunkt: 16.30 Uhr Hachmannplatz/Hauptbahnhof**Abschluss: 17.00 Uhr Ida-Ehre-Platz: KulturELLES**

Internationales Frauenfest des Lesbennetzes ab 19 Uhr im Haus 3, Hospitalstraße 107, mit Überraschungs-Act und internationaler Disco.

Sternfahrten: www.Frauentag-Hamburg.de

Vi.S.d.P.: DGB Hamburg, Petra Heese, Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg – www.dgb-hamburg.de www.polittbuero.de

Sinitec

Protest gegen Kahlschlag

In Hamburg und an vielen Standorten bundesweit protestierten die Beschäftigten der Siemens-Tochter Sinitec gegen den geplanten Abbau von 60 Prozent ihrer Arbeitsplätze.

Der Gesamtbetriebsrat hat inzwischen in einem Gutachten ein tragfähiges Konzept für das Sinitec-Geschäft entwickelt. Bei der Hauptversammlung der Sie-

mens-Aktionäre am 27. Januar legte er seine Zukunftsperspektiven für die Beschäftigung vor.

»Klar ist, der Widerstand gegen den massiven Abbau von Arbeitsplätzen und die radikale Schließung von Standorten kann nur gemeinsam erfolgen«, sagte der Hamburger Betriebsratsvorsitzende Volker Grunert.



Sinitec-Beschäftigte protestieren: Gegen den Abbau von 60 Prozent der Arbeitsplätze

Keine Diskriminierung bei Personalabbau Schieflogen vermeiden

Das Betriebsverfassungsgesetz schreibt vor, jede Diskriminierung zu verhindern.

Bei Siemens in Hamburg wurde zum Beispiel in einem Sozialplan der prozentuale Anteil der Frauen an den Mitarbeitern festgeschrieben und damit verhindert, dass diese überproportional von den Entlassungen betroffen waren.

Die unsensible Betrachtung dieser Problematik führt bei Personalabbau immer wieder zu Schieflogen. Ein Beispiel unter vielen: In der Hauni-Maschinenbau-AG in Bergedorf mussten aufgrund eines Sozialplanes 230 Beschäftigte das Werk verlassen,

56 davon sind Frauen, also 24 Prozent. Der Frauenanteil an der Gesamtbelegschaft betrug jedoch nur 17,7 Prozent. Wie konnte es dazu kommen?

Es waren vor allem viele Teilzeitkräfte betroffen. Teilzeitarbeit ist immer noch fast ausschließlich Frauensache. Fast alle entlassenen Frauen entschieden sich für einen Eintritt in die angebotene Qualifizierungsgesellschaft.

Fazit: Dieser Personalabbau ging deutlich zu Lasten der Frauen. So etwas passiert schnell, wenn das Geschlecht in Sozialplänen oder Personalabbau-Listen nicht erwähnt wird.

SAM Electronics

Gegen unbezahlte Mehrarbeit

Die Belegschaft von SAM Electronics wehrt sich geschlossen gegen unbezahlte Mehrarbeit.

In eindrucksvoller Weise haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer das Ansinnen der Geschäftsführung, die Einführung der 40-Stunden-Woche bei der IG Metall Bezirksleitung zu beantragen, beantwortet: Knapp 90 Prozent der Belegschaft hat sich in einer geheimen Abstimmung – organisiert durch die Geschäftsleitung – gegen den Tarifabbau ausgesprochen.

»Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit« durch die 40-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich, hieß das Ansinnen der Geschäftsführung von SAM Electronics im letzten Quartal 2004. Auf deutsch:

Sicherung und Steigerung der Rendite für die Münchener Investorgruppe, die zur Zeit das Sagen bei SAM Electronics hat. Die Geschäftsführung drohte prompt mit der Verlagerung von Teilen der

Fertigung in eine Tochterfirma in Mecklenburg-Vorpommern sowie nach China – mit dem Verlust von rund 50 Arbeitsplätzen.

Während eines Fernsehtermins nahmen Kolleginnen und Kollegen von SAM Electronics die Gelegenheit wahr, ihren Protest gegen die beabsichtigten Maßnahmen der Geschäftsführung öffentlich zu machen.

Der Betriebsrat lässt zur Zeit die Unternehmenspläne durch



Klares Votum: unbezahlte Mehrarbeit soll es bei SAM nicht geben

eine arbeitnehmerorientierte Beratungsfirma überprüfen und erarbeitet beschäftigungssichernde Alternativen zum Konzept der Geschäftsführung von SAM Electronics.

Thyssen-Krupp will bei der HDW massive Einschnitte für die Beschäftigten durchsetzen

Nächste harte Auseinandersetzung steht bevor

Auf HDW beginnt es erneut zu gären. Denn statt das Potenzial der neuen TKMS zukunftsfähig auszurichten, denken die Anteilseigner erstmal kurzfristig an Profite durch Arbeitsplatzabbau und massive Einschnitte für die Belegschaft.

Dabei war eigentlich alles in trockenen Tüchern. Der Überwasserschiffbau wurde für die HDW gesichert, Thyssen-Krupp Marine Systems konnte allseits wohlwollend begleitet starten und jüngst sicherte Bundeskanzler Gerhard Schröder in Kiel auch

noch den Schutz der Werft vor dem »Ausverkauf« im Rahmen einer europäischen Werftenfusion zu.

Allerdings will Thyssen-Krupp jetzt im Überwasserbereich ganz schnell eine »schwarze Null« erreichen. Mit den »üblichen« Maßnahmen: Arbeitszeitverlängerung, Entgeltkürzung, Verzicht auf Tarifierhöhungen bis auf Weiteres und so weiter.

»Hier paart sich Raffgier der Anteilseigner mit mieser Managementleistung«, sagt Be-



Foto: Howaltwerfte-Deutsche Werft GmbH

Durch die MPC-Containerfrachter – hier Rio Alster und Rio Eider – ist der HDW-Überwasserschiffbau bis September 2006 ausgelastet, darüber hinaus durch andere Aufträge wie Megayachten weitere Jahre

triebsratsvorsitzender Ernst-August Kiel. Auf HDW steht wohl die nächste harte Auseinandersetzung bevor.

Metaller-Treffen

Kfz-Stammtisch: Mittwoch, 2. März, 19 Uhr, »Legienhof«
Vossloh-Betriebsbesuch der Senioren: Dienstag, 8. März, 10 Uhr (nur mit Anmeldung)
Tischlertreff: Montag, 14. März, 17 Uhr, IG Metall-Büro
Senioren-Stammtisch: Dienstag, 22. März, 14 Uhr, »Legienhof« (DGB-Haus)
Stadtteilgruppe Friedrichsort: Donnerstag, 31. März, 15 Uhr, Kulturladen Leuchtturm, An der Schanze 44

Tschüss, Birgitt Birgitt Stoltenberg ist gestorben

Bei den Vorbereitungen für den Frauentag war sie – wie immer – dabei. Aber dann ist Birgitt Stoltenberg am 11. Januar im 58. Lebensjahr gestorben.

Ihr Leben war geprägt vom ehrlichen Einsatz für Gerechtigkeit und soziales Engagement. Aktiv war unsere Kollegin vor allem in den gewerkschaftlichen Arbeitsfeldern Frauen, Vertrauensleute, Bildung, Globalisierung und Antifaschismus. Bekannt ist ihr Einsatz für die afghanischen Frauen. Birgitt hat viel bewegt.

Vossloh: Tiefe Einschnitte, damit der Profit keine Delle bekommt

Jeder zweite Arbeitsplatz steht zur Disposition

Bei Vossloh Locomotives wusste jeder, was kommt. Doch der Konzern hielt die Belegschaft über Monate hin, um Jahresabschluss und Börsenkurs nicht zu belasten. Am 24. Januar wurde dann verkündet: Jeder zweite Arbeitsplatz steht zur Disposition.

151 der 620 Beschäftigten in Kiel sollen bereits zum Jahresende 2005 entlassen werden. Die Diesellok-Produktion in Friedrichsort soll zurückgefahren werden, weil die Orderzahlen der Bahngesellschaften derzeit

sinken. Damit der Profit bei steigenden Stahlpreisen keine Delle bekommt, stellt der Konzernvorstand auch den Rohbau in Kiel zur Disposition. Das sind weitere 158 Arbeitsplätze. Ohne den Rohbau hätte zudem der Standort insgesamt keine gesicherte Zukunft mehr.

Gravierende Einschnitte?

Drei Varianten werden von der Vossloh AG ins Spiel gebracht: Verkauf, Bezug der Rohbauteile aus Osteuropa oder gravierende Einschnitte bei der Rest-Beleg-

schaft in Höhe von 4,5 Millionen Euro. Das wären für jeden Arbeitnehmer fast 10 000 Euro – eine nicht zu akzeptierende Kürzung.

Die ersten beiden Varianten sind zwar kaum realistisch, Belegschaft, Betriebsrat und IG Metall werden aber dennoch um die Arbeitsplätze und den Standort kämpfen müssen.

Ziel ist ein Tarifvertrag, der den Arbeitsplatzabbau begrenzt, die Beschäftigung am Standort sichert und den Rohbau im Unternehmen hält.

Internationaler Frauentag am 8. März

Frauen mischen sich ein



Zum Internationalen Frauentag bietet die IG Metall in Kooperation mit Verdi, dem DGB und der Gleichstellungsstelle Neumünster zwei Veranstaltungen an.

Ein Abend für Frauen beginnt am Dienstag, 8. März, um 17.30 Uhr im »Kiek In« in Neumünster, Gartenstraße, ganz gesellig mit einem gemeinsamen Essen. Danach wird aus Frauenliteratur unterschiedlicher Herkunft vor-

gelesen. Abschließend kann nach Disco-Klängen getanzt werden.

Am Sonnabend, 12. März, sind Frauen und Männer ab 9.30 Uhr ins Gewerkschaftshaus Kiel eingeladen. Nach einem Frühstück gibt es Frauenkabarett, eine Talentbörse und Gelegenheiten zum Austausch. Infos bei Gisela Griese unter Telefon 0 43 21-18 07 22.

Beitragsanpassung

Für Mitglieder in der Metall- und Elektroindustrie werden die IG Metall-Beiträge gemäß der Satzung ab 1. März entsprechend den Tarifierhöhungen um 2,7 Prozent erhöht. Wer dadurch auf einen Beitrag von mehr als einem Prozent vom monatlichen Bruttoverdienst kommt, sollte sich zur Korrektur in der Verwaltungsstelle melden.

In eigener Sache

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die Arbeitgeber haben in vielen Betrieben den sozialen Frieden aufgekündigt. Sie drohen offen damit, Arbeitsplätze abzubauen, Standorte zu verlagern oder die Berufsausbildung zu reduzieren. Ihr Ziel ist klar: Die Tarifverträge sollen weg.

Sie wollen die Arbeitsbedingungen einseitig bestimmen. Dabei nutzen sie die Angst der Menschen vor Arbeitslosigkeit ohne Scham aus. Der »liebe Mitarbeiter« soll einen Preis dafür bezahlen, dass er seinen Arbeitsplatz behalten darf.

Die Zeiten, in denen die Tarifverträge flächendeckend Sicherheit gaben, sind scheinbar vorbei. Betrieb für Betrieb werden von den Arbeitgebern Abweichungen vom Tarif gefordert und oft auch vereinbart.

Diese betrieblichen Auseinandersetzungen stellen die IG Metall vor eine große Herausforderung. In normalen Tariffrunden, können die starken und streikbereiten Betriebe für die

ganze Region Tarifverträge durchsetzen. Bei betrieblichen Angriffen der Arbeitgeber müssen wir aber in jedem einzelnen Betrieb unsere Tarifverträge verteidigen können. Starke Betriebsräte, aktive Vertrauensleute und eine große Zahl von Gewerkschaftsmitgliedern im Betrieb sind dafür die Grundvoraussetzung. Die IG Metall wird mit einer betriebspolitischen Offensive diese Grundvoraussetzungen verbessern und dort, wo nötig, schaffen müssen, damit wir auch in Zukunft in der Lage sind, Arbeitsbedingungen in Tarifverträgen verbindlich zu regeln. Dazu gehören betriebliche Arbeitspläne, gezielte Schulungen für Betriebsräte und Vertrauensleute und Mitgliederwerbung.

Mit unserer Delegiertenversammlung am 15. März wollen wir diese Kampagne beginnen.

Thomas Rickers
Erster Bevollmächtigter

Auch die Jugendlichen aus Lübeck und Wismar können anders

Aktionsfestival am 18. Juni in Nürnberg

»Wir können auch anders«: Die Kampagne begann mit einer Auftaktkonferenz in Kassel, auf der jugendliche Delegierte aus allen IG Metall-Bezirken alternative Politikvorschläge entwickelten. Danach werden nun die Themen, in den Ortsjugendausschüssen

und Betrieben diskutiert. Vor Ort werden Kampagnenteams gebildet, die Aktionen für die bundesweiten Aktionstage planen.

Bei unserer Kampagne ist für jeden Geschmack etwas dabei: Du kannst bei einem Aktionsteam mitmachen, kulturelle Events planen oder dir was für deinen Betrieb überlegen. Da kannst du dein Know how und alle deine Hobbys einbringen

Am 18. Juni werden wir in Nürnberg unsere Forderungen mit einem großen Knall in die Öffentlichkeit tragen und danach eine Riesenparty feiern.

Wie du dich am besten ein-

Delegiertenversammlung

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
hiermit laden wir Euch recht herzlich ein zu unserer

Delegiertenversammlung

am Dienstag, dem 15. März um 18 Uhr in den Media Docks,
Eingang Treppenhaus 1, Erdgeschoss, Willy-Brandt-Allee 31a,
23554 Lübeck

Als Tagesordnung haben wir vorgesehen:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Kassenbericht
3. Bericht der Revisoren
4. Geschäftsbericht
5. Betriebspolitische Offensive der IG Metall
Referent: Volker Stahmann, IG Metall Küste
6. Verschiedenes

Mit freundlichen Grüßen

IG Metall Lübeck Wismar, Thomas Rickers, Erster Bevollmächtigter

Alle interessierten Kolleginnen und Kollegen sind recht herzlich als Gäste zur Delegiertenversammlung eingeladen. Bitte beachtet die neue Uhrzeit, 18 Uhr. Eure Anmeldungen nehmen wir gern im Lübecker Büro, Telefon 04 51-70 26 00, oder im Wismarer Büro, Telefon 0 38 41-70 46 50, entgegen.

Kurz notiert

► Ehemalige und derzeitige Mitarbeiter der LMG treffen sich jeweils um 15 Uhr im Lübecker Gewerkschaftsraum 3/4. Die Termine:

- 31. März
- 28. April
- 26. Mai
- 17. Juni
- 29. September
- 21. Oktober
- 24. November
- 15. Dezember

Beitragsquittungen

für die Steuererklärung werden nicht mehr automatisch verschickt. Die zuständigen Finanzämter akzeptiert im allgemeinen den Kontoauszug als Beleg.

Arbeitslosenbetreuung

in Lübeck durch Heinz Koch
Terminabsprachen bitte unter
Telefon 04 51-30 14 39

Arbeitszeitverlängerung ohne Lohnausgleich?

Beschäftigte gegen Einkommensverzicht

Derzeit herrscht in einigen Betrieben und Branchen in unserer Region »dicke Luft«.

Grund sind die immer stärker werdenden Versuche der Unternehmen, durch Einkommensverzicht und unbezahlte Mehrarbeit die Beschäftigten zu weiteren Zugeständnissen zu zwingen.

In den meisten Fällen stellt sich dabei heraus, dass es den Unternehmen wirtschaftlich gar nicht schlecht geht. Die IG Metall und ihre Mitglieder wehren sich gegen die Arbeitgeberdiktate.

Zum Beispiel bei der Firma Rotec in Lemwerder. Hier finden die Beschäftigten die Forderung ihrer Geschäftsleitung nach unbezahlter Mehrarbeit und Einführung der 40-Stunden-Woche völlig unverständlich. Anstatt die Produktivität beispielsweise durch optimale Arbeitsabläufe zu verbessern und dadurch Kostenentlastungen zu erreichen, werden die Beschäftigten zu Lohnverzicht aufgefordert. Die Kolleginnen und Kollegen von Rotec legten deshalb fest, dass nur die IG Metall im Auftrag und Namen der organisierten Beschäftigten verhandelt. Dazu ist es erforderlich, dass konkrete wirtschaftliche Daten und Zahlen von der Geschäftsführung vorgelegt werden. Ein transparentes Umstrukturie-



IG Metall bei Rotec: »Nur die IG Metall erhält ein Verhandlungsmandat«

rungs- und Sanierungskonzept soll diesen Prozess begleiten, der von einer paritätisch besetzten Kommission kontrolliert wird. Die Standort- und Beschäftigungssicherung hat insgesamt Priorität. Sollte es zu konkreten Verhandlungsvorschlägen kommen, wird letztlich eine IG Metall-Mitgliederversammlung über die Annahme von möglichen Ergebnissen entscheiden. Wie bei Rotec werden ebenso in anderen Betrieben die IG Metall-

Mitglieder bei den Entscheidungen direkt mit einbezogen. Interessant ist, dass bisher nur sehr wenige Unternehmen in der Region nachweisen konnten, dass eine außergewöhnliche betriebliche Situation entstanden ist, die einen »Härtefall« begründet und damit Ausnahmen von tariflichen Regelungen erlaubt.

Ähnliche Probleme gibt es in der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie, die ihren regionalen Schwerpunkt in Süd-

oldenburg hat. Ginge es nach den Arbeitgebern, dann sollen zukünftig die Beschäftigten auf bis zu 8000 Euro im Jahr verzichten. Seit der Manteltarifvertrag dort gekündigt wurde, geht in den Belegschaften die Angst um. Nicht nur eine »flexible Arbeitszeit bis zu 50-Wochen-Stunden« und die Einführung der Sams-tagsarbeit als Regelarbeitstag stehen auf der »Wunschliste« der Arbeitgeber. Auch die ersatzlose Streichung von Zuschlägen sowie Kürzungen bei Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden verlangt.

Der Grund ist immer derselbe: Um wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen Personalkosten eingespart werden, obwohl die Unternehmen wirtschaftlich gesund sind. Die IG Metall-Mitglieder haben auf ihren Versammlungen bereits erklärt, »dass das Fass voll ist«. Ein Arbeitskampf wird in der Branche nicht mehr ausgeschlossen.

IG Metall-Vertrauensleute Wesermarsch

Für ein sozial gerechtes Steuersystem

Unter dem Motto »Eine andere Politik ist möglich« trafen sich betriebliche Vertrauensleute der IG Metall Wesermarsch auf einer Tagesveranstaltung. Im Fokus stand das gewerkschaftliche Modell »Solidarische Einfach Steuer«.

Die »Solidarische Einfach Steuer« zielt darauf ab, kleine und mittlere Einkommen zu entlasten und Spitzenverdiener und Vermögende entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit an der Finanzierung des Gemeinwohls zu beteiligen.

Ralf Bremer, stellvertretender Leiter der IG Metall Vertrauensleute bei Airbus, erläuterte: »Eine Abkehr von der gescheiterten angebotsorientierten Wirt-



IG Metall-Vertrauensleute: »Schluss mit Steuergeschenken für Reiche«

schaftspolitik ist unbedingt notwendig. Die Situation wird nicht dadurch verbessert, dass man jedes Mal weitere Kürzungen und Streichungen einerseits und andererseits gleichzeitig Steuergeschenke für Unternehmen und Vermögende beschließt.«

Die Vertrauensleute waren sich

am Ende der Tagung einig: Die Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt werden. Nur so kann die deutsche Binnenkonjunktur wieder an Dynamik und Wachstum gewinnen. Die derzeit von den politischen Parteien diskutierten Steuermodelle gehen in die falsche Richtung.

Vorteile beim Urlaub

Zehn Prozent Rabatt auf Urlaubsreisen bei IFA-Hotels

Der Ferienhotelanbieter IFA-Hotels bietet IG Metall-Mitgliedern einen Sonder-rabatt bei Urlaubsreisen aus dem aktuellen IFA-Katalog. Unter der gebührenfreien Hotline 0800-3210321 können Informationen über Reiseziele und Reisebedingungen eingeholt werden.

Sauer und Sohn, Eckernförde

Nachzahlung für die Angestellten

Die Geschäftsleitung von Sauer und Sohn in Eckernförde muss den Angestellten 15 000 Euro Gehalt nachzahlen.

Dies ist das Ergebnis eines Einigungsstellenverfahrens, nachdem sich die Geschäftsleitung seit Frühjahr letzten Jahres geweigert hatte, die tarifliche Leistungszulage von durchschnittlich sechs Prozent der Gehaltssumme zu erfüllen. Trotz mehrfacher Überredungs-

besuche und Drohungen durch Geschäftsführer Schnizler bestand der Betriebsrat auf der Einhaltung des Tarifvertrags zugunsten der Angestellten. »Schließlich«, sagt Betriebsratsvorsitzender Itze Jahn, »haben wir den gesetzlichen Auftrag, auf die Einhaltung von Tarifverträgen zu achten.«

Eine Entscheidung über das zukünftige Lohnsystem des Waffenerstellers ist noch nicht

gefallen. Auch hier wird eine Einigungsstelle entscheiden, ob die Geschäftsleitung mit ihrem Plan einer 14-prozentigen Lohnsenkung durchkommt. Für den Sauer-Betriebsrat sind die Angriffe auf das Portmonee der Mitarbeiter unverständlich: »Wir haben die Produktivität in den letzten drei Jahren um 30 Prozent gesteigert. Das, was der Geschäftsführer jetzt macht, ist Demotivation de luxe.«

Ab 1. März

Mehr Geld für Metaller

In den Betrieben der Metall- und Elektroindustrie tritt am 1. März die zweite Stufe des letztjährigen Tarifabschlusses in Kraft.

Das bedeutet, dass die Lohn- und Gehaltstarife sich um zwei Prozent erhöhen. Ebenfalls mit der März-Abrechnung erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung von 4,6 Prozent des Monatsentgelts (ERA-Strukturkomponente).

Die Ausbildungsvergütungen erhöhen sich ebenfalls ab 1. März im 1. Ausbildungsjahr auf

671 Euro, im 2. Ausbildungsjahr auf 726 Euro, im 3. Ausbildungsjahr auf 781 Euro und im 4. Ausbildungsjahr auf 837 Euro.

Für die IG Metall-Mitglieder bei OK Media Disc Service in Nortorf gilt ab 1. März ebenfalls eine Tarifierhöhung. Sie beträgt 1,8 Prozent.

Auch beim Hohenwestedter Sicherheitsventil-Hersteller Leser gibt es mehr Geld: Auch hier werden die Tarifsätze des Haupttarifvertrags ab 1. März um zwei Prozent erhöht.

**REpower Husum
IG Metall-Mitglieder
sind abgesichert**

Betriebsrat und IG Metall haben mit der Geschäftsleitung des Husumer Windanlagen-Herstellers REpower Systems eine Vereinbarung zur Arbeitszeit-Flexibilisierung abgeschlossen. Ziel ist die Vermeidung von Kurzarbeit im Bereich Produktion und Magazin in den momentan auslastungsschwachen Monaten.

Der Clou: Die »tarifgebundenen Mitarbeiter« (= IG Metall-Mitglieder) sind vor betriebsbedingter Kündigung geschützt.

Dies ist die zweite so genannte Bonusregelung der Rendsburger IG Metall, die exklusiv für ihre Mitglieder gilt. Im Dezember letzten Jahres wurde mit der Mercedes-Händlergruppe Nord-Ostsee-Automobile bereits eine Absicherung für Gewerkschaftsmitglieder erzielt.

Termine

Senioren:

► Dienstag, 15. März, 15 Uhr
Seniorentreff in Rendsburg,
Grüne Straße 1

Thema: Sicherheit im Wohnbereich, Referent: Matthias Plath

► Dienstag, 22. März, 15 Uhr
Seniorentreff in Rendsburg,
Grüne Straße 1
Wir spielen »BINGO«

Vertrauensleute:

► Montag, 21. März, 19 Uhr
Betriebsräte und Vertrauensleutesitzung im Gewerkschaftshaus in Rendsburg,
Schiffbrückenplatz 3

Handwerksausschuss:

► Donnerstag, 10. März, 19 Uhr
Gewerkschaftshaus in Rendsburg,
Schiffbrückenplatz 3

Elektro-Stammtisch:

► Montag, 7. März, 19 Uhr
Handwerkerstammtisch in der
Gaststätte Sieg in Tappendorf/
Hohenwestedt

Nebenstellen:

► Dienstag, 8. März, 19 Uhr
Mitgliederversammlung der
Nebenstelle Husum im
Handwerkerhaus in Husum,
Süderstraße 97

Von 17 bis 19 Uhr wird dort
auch eine Sprechstunde für
Mitglieder angeboten.

Steuerberatung für Metaller

Die IG Metall hilft auch bei Fragen der Lohn- und Einkommensteuer, also auch bei dem Erstellen des Lohnsteuerjahresausgleichs.

Dazu arbeiten wir mit dem Lohnsteuerhilfering Deutschland e.V. zusammen. Hier erhalten IG Metall-Mitglieder kostengünstig Rat, Hilfe und Unterstützung bei allen Steuerfragen.

Interessierte Kolleginnen und Kollegen wenden sich bitte direkt an die

Beratungsbüros des Lohnsteuer-Hilferings

**Büro Rendsburg: Telefon 0 43 31-136-787
Büro Eckernförde: Telefon 0 43 51-73 96 80
Büro Husum: Telefon 0 48 41-24 88**

oder www.lhrd.de



Betriebliche Ergänzungstarifverträge

Aufpassen, verändern, verbessern?

Die öffentliche Diskussion über verschlechterte Arbeitsbedingungen als Rezept im Umgang mit internationaler Konkurrenz und größerer Wettbewerbsfähigkeit zeigt auch im Bereich unserer Verwaltungsstelle Auswirkungen.

Auch hier wollen viele Unternehmen neu über die tariflichen Regelungen verhandeln, sei es, weil es Ihnen schlecht geht, sei es, weil sie sich eine noch bessere Position im internationalen Wettbewerb erhoffen. Wir wer-

den die sehr unterschiedlichen Einzelfälle und die Verhandlungsergebnisse in den folgenden Ausgaben der »metall« vorstellen und beginnen heute mit einem erfreulichen Fall: Zahnradwerk Nord.

Neues Mitglied im Arbeitgeberverband Nordmetall

Tarifbindung bei Zahnradwerk Nord

Erst nachdem eine Mitgliederversammlung entschieden hatte, dass ihr Wunsch nach einer Tarifanbindung an die Metall- und Elektroindustrie notfalls mit Warnstreik und Streik durchgesetzt werden soll, entschied sich der Arbeitgeber zum Verbandsbeitritt.

Aber der Reihe nach: Gegen Ende des Jahres 2004 verkündete die Geschäftsleitung des Zahnradwerks Nord (ZWN), dass sie von der Belegschaft fünf Stunden mehr pro Woche ohne Lohnausgleich wünsche, um Investitionen vorzunehmen, die den Standort Glinde langfristig sichern. Aber mit wem wollte sie das verhandeln? Die Betriebsräte können keinen Tarifvertrag abschließen, und die Beschäftigten waren mehrheitlich nicht einverstanden, einzelvertraglich die Arbeitszeit zu regeln. Sie traten in die IG Metall ein, sammelten Unterschriften und signalisierten ihre Bereitschaft, gemeinsam mit der Geschäftsleitung Wege zu finden im Rahmen der Tarifverträge zur Standortsicherung und für Investitionen. Und sie wählten sich eine Tarifkommission, die einen Anerkennungstarifvertrag forderte.

Die Verhandlungen verliefen ohne Ergebnis: Hier der Arbeitgeber mit dem Begehren nach unbezahlter Arbeitszeitverlängerung, da die Kollegen mit der Forderung nach einem Anerkennungstarifvertrag. Kurz vor Weihnachten teilte der Arbeitgeber mit, dass er Abstand nimmt vom Verlangen nach unbezahlten Stunden und

nach einem neuen Standort in Osteuropa sucht. Damit war aber nicht unsere Forderung nach Tarifanbindung vom Tisch. Erst die Mitgliederversammlung mit dem Votum für eine Durchsetzung des Tarifvertrages zur Not mit Warnstreik und Streik brachte die Entscheidung. Denn Zahnradwerk Nord ist gut ausgelastet, ein Streik käme da sehr ungelegen. Die Arbeitnehmer beim ZWN und die IG Metall wollen den Standort und die Arbeitsplätze langfristig sichern, aber sie wollen nicht mit unbezahlter Mehrarbeit einen neuen Standort in Osteuropa finanzieren und damit ihre eigenen Arbeitsplätze in Frage stellen.

Was hat die Tarifbindung den Kolleginnen und Kollegen vom ZWN denn nun gebracht? Schon bisher war in den Arbeitsverträgen geregelt, dass die Arbeitsbedingungen der Metallindustrie gelten. Aber durch die Tarifanbindung sind die Arbeitsbedingungen sicherer geworden:

Einzelarbeitsverträge sind viel leichter zu Lasten der Arbeitnehmer veränderbar. Eine Unternehmensleitung braucht nur einen günstigen Zeitpunkt nutzen, sich die »schwächsten« Mitarbeiter herauspicken und sie zu Vertragsänderungen überreden. Mit dem Resultat geht man dann zu jedem weiteren Mitarbeiter und setzt diesen unter Druck.

Will ZWN jetzt die Arbeitszeit verlängern – und nach dem Tarifabschluss aus 2004 ist es machbar,

einen Antrag bei bestimmten wirtschaftlichen Konstellationen an die IG Metall zu stellen –, so prüft die Bezirksleitung mit Hilfe eingesetzter Wirtschaftsprüfer die Lage des Unternehmens und die Notwendigkeit eines Arbeitnehmerbeitrages zu Investitionen. Die Mitglieder der IG Metall entscheiden über die Annahme von Veränderungen in Mitgliederversammlungen. Ein individuelles »unter Druck setzen« ist dadurch zwecklos.

Und auch wenn ZWN irgendwann den Verband Nordmetall wieder verlässt, sind die Wirkungen des Tarifvertrages nicht weg: Sie gelten so lange weiter, wie der jeweilige Tarifvertrag noch in Kraft ist und wirken dann nach. Genug Zeit also, um erneut eine Tarifkommission zu wählen und um ein neues Ergebnis gemeinsam zu verhandeln. Der Mut und das Engagement der Kolleginnen und Kollegen bei ZWN hat sich gelohnt. Sie haben ihre Arbeitsbedingungen »wetterfest« gemacht.

Termine

- ▶ 1. März, 15 Uhr, Arbeitskreis Senioren in der Verwaltungsstelle
- ▶ 2. März, 9 Uhr, Betriebsrätetage in Wilhelmsburg
- ▶ 3. März, 16 Uhr, Ortsvorstandssitzung in der Verwaltungsstelle
- ▶ 7. März, 14 bis 17 Uhr, Rechtsberatung in der Verwaltungsstelle, Terminabsprache über Sonja Zoder, Telefon 040-72 54 96 10
- ▶ 8. März, 17 Uhr, Arbeitskreis Schwerbehinderte in der Verwaltungsstelle, ACHTUNG alle Betriebsräte in deren Firmen es keine Schwerbehindertenvertretung gibt, sind auch herzlich eingeladen
- ▶ 14. März, 14 bis 17 Uhr, Rechtsberatung in der Verwaltungsstelle, Terminabsprache über Sonja Zoder, Telefon 040-72 54 96 10
- ▶ 15. März, 17 Uhr, Handwerksausschuss in der Verwaltungsstelle
- ▶ 19. März, 13 Uhr Delegiertenversammlung in der Verwaltungsstelle
- ▶ 21. März, 14 bis 17 Uhr Rechtsberatung in der Verwaltungsstelle, Terminabsprache über Sonja Zoder, Telefon 040-72 54 96 10
- ▶ 23. März, 14, 30 Uhr, Nebensstelle Lauenburg/Boizenburg beim Dau wat e.V., Fahrweg 5
- ▶ 23. März, 17:30 Uhr, Ortsjugendausschuss im Jugendclub Movimento, Besenbinderhof 57 a
- ▶ 24. März, 17 Uhr, Stammtisch in der Verwaltungsstelle
- ▶ 29. März, 14 bis 17 Uhr Rechtsberatung in der Verwaltungsstelle, Terminabsprache über Sonja Zoder, Telefon: 040-72 54 96 10

Metall- und Elektroindustrie

Beitragsanpassung ab März

Entsprechend dem Tarifabschluss erhöhen sich die Löhne, Gehälter und Ausbildungsvergütungen in der Metall- und Elektroindustrie.

Zum 1. März erhalten die Beschäftigten 2,7 Prozent mehr Geld. Die IG Metall-Mitglieder-Beiträge werden ab April entsprechend der Tarifierhöhung angehoben. Wer

durch die Anpassung auf einen Beitrag von mehr als einen Prozent seines monatlichen Bruttoverdienstes kommt, meldet sich bitte umgehend in der Verwaltungsstelle Bergedorf bei unserer Kollegin Heike Philipp, Telefon 040-72 54 96 11. Wir korrigieren den Beitrag unverzüglich.

Aktion Q_

Einladung zum Workshop

Mit der Aktion Q_ soll die Qualität der Ausbildung wieder zum Thema in unseren Betrieben werden.

Zum Auftakt der Aktion Q_ laden wir alle Betriebsräte, JAV's und Ausbilder zu einem Workshop am

18. März 2005 nach Rostock ein. Die Quantität und Qualität der Ausbildung entscheidet über die Zukunft unserer Jugendlichen.

Ohne uns zu bewegen, werden wir keine Veränderungen bewirken.

Internationaler Frauentag

Ihr habt doch alles?

Frauen haben in den Bereichen, in denen sie beschäftigt sind, immer weniger Möglichkeiten, ein existenzsicherndes Einkommen zu erzielen.

Sie werden überwiegend zu Zuverdienern und damit nur abgesichert durch ihren Ehemann. Ein Rückschlag in der frauenpolitischen Entwicklung scheint vorprogrammiert. Nach Schätzungen des DGB werden durch

Nichtleistungsbezieher Frauen sein.

Wir Frauen dürfen uns aber nicht ins Abseits drängen lassen und unsere Lebenssituation still ertragen, sondern diese zum Anlass nehmen, um für Veränderungen und Selbstbestimmung einzutreten.

Der Ortsfrauenausschuss der IG Metall Rostock ruft gemeinsam mit weiteren Gewerkschaftsfrauen alle Frauen der Hansestadt Rostock und Umgebung auf, sich mit uns an der Kundgebung am 8. März um 14 Uhr auf dem Uni-Platz zu beteiligen. Gleichzeitig laden wir euch am Internationalen Frauentag um 10 Uhr zu einer Veranstaltung mit der Gleichstellungsbeauftragten in die Uni ein.



Hartz IV zwei Drittel der Nichtleistungsbezieherinnen und

Termine

- ▶ 2. März, 17 Uhr OJA
- ▶ 7. März, 13 Uhr, Beratung Vertrauensleute Schwerin
- ▶ 7. März, 16 Uhr, Treff Schweriner JAV's und interessierte Jugendliche
- ▶ 8. März, 16 Uhr Beratung der Vertrauensfrauen des Bereiches AGA
- Internationaler Frauentag – welche Bedeutung hat er für uns?
- ▶ 16. März, 9.30 Uhr Beratung des SAK Rostock
- ▶ 19. März, 10 Uhr Wir bereiten die JOB-Parade vor

Kurz notiert

Am Mittwoch, 2. März ist um 17 Uhr im Haus Viva Lüd, Dau wat Verein Schwerin, Franz-Mehring-Straße 9 eine Mitgliederversammlung.

Schwerpunkte sind:

Aktuelle Informationen der IG Metall, unter anderem zu der Delegiertenversammlung zum Stand der Kooperation Rostock/Schwerin;
Was gibt es Neues zu Hartz IV; Der neue Verbraucherschutz informiert.

Der NDR nimmt sich der Sache an Das Beste am Norden?

Spektakuläre Nachrichten sind der Presse immer willkommen.

Am 2. Februar war es die Fünf-Millionen-Schallmauer der Erwerbslosenstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Anlass genug für den NDR, aus dem Haus Viva Lüd in Schwerin live zu senden.

Eine Gesprächsrunde mit Betroffenen und Arbeitsminister

Helmut Holter. Dabei Olaf Horn, Projektkoordinator des Schweriner Vereins Dau wat und Profi in der Erwerbslosenberatung. Gut, dass sich der NDR der Sache annimmt. Das Beste am Norden wäre aber, wenn sich Politik und Wirtschaft der Menschen annehmen würden, die der Norden zu dieser deprimierenden Statistik beisteuert.



Projektkoordinator Olaf Horn (rechts) spricht mit Arbeitsminister Helmut Holter

Rechtsänderungen in der sozialen Sicherung

Arbeitgeberfreundliche Reform

Noch nie hat es in der Bundesrepublik so viele gesetzgeberische Baustellen wie momentan gegeben.

Das gilt insbesondere für den Arbeitsmarkt und die soziale Sicherung. Wer kann da von sich schon ernsthaft behaupten, dass er alle Verästelungen genau kennt? Angesichts dessen sind die Menschen höchst verunsichert, so im Bereich der sozialen Krankenversicherung mit den bunt schillernden Ideen zu ihrer Reform. Da stellt sich auch die Frage, wer eigentlich diese »Reformen« bezahlt. Nehmen wir

das Beispiel der gesetzlichen Beitragssatzsenkung der Krankenkassen von 0,9 Prozentpunkten zum 1. Juli. Dies gilt für den Arbeitnehmer- und den Arbeitgeberanteil. Gleichzeitig zum 1. Juli werden aber die gesetzlichen Krankenversicherten zur »Kasse« gebeten und müssen einen zusätzlichen Beitragssatz von 0,9 Prozent zahlen. Dafür zahlt die Krankenkasse auch künftig für Zahnersatz und leistet im Krankheitsfall Krankengeld. Der Arbeitgeberanteil und damit die Lohnnebenkosten gehen somit als kleines Geschenk an den Arbeitgeber.